UV AKTUELL

Mitgliedermagazin Unternehmerverband Sachsen e. V.
Ausgabe Juli/August 2012

Ordentliche Jahreshauptversammlung 2012

Präsident Hartmut Bunsen: „Wir müssen auf alle Fälle unsere Lobby ausbauen!"

Leipzig Open 2012

Sport als wichtiger Faktor für einen attraktiven Wirtschaftsstandort

UV-Projekt 'support'

150 Unternehmen nutzen bereits Angebot des Dienstleistungsnetzwerks

www.uv-sachsen.org

Energiewende: Forderungen der Wirtschaft

Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände setzt Schwerpunkte auf Tagesordnung des zweiten Ostdeutschen Energieforums am 29. und 30. April 2013

22. SÄCHSISCHER UNTERNEHMERBALL

Ab sofort können die Eintrittskarten für den 22. Sächsischen Unternehmerball am 17. November 2012, im Hotel 'The Westin Leipzig', Gerberstraße 15, 04105 Leipzig, reserviert werden. Einlass ist 19 Uhr, Veranstaltungsbeginn 20 Uhr. Die Vorbereitungen für das diesjährige Programm mit interessanten Künstlern, toller Tanzmusik und exklusivem Buffet laufen auf Hochtouren. Wir freuen uns auf einen aufregenden Abend!

BESTELLFORMULAR

Name _____ Vorname _____

Unternehmen _____

Telefon _____ Unterschrift und Firmenstempel _____

Ich nehme am 22. Unternehmerball Sachsen mit ___ Person(en) teil. Kartenpreis: 139,00 Euro inklusive Mehrwertsteuer.

Ihre Ballkarten werden per Post zugeschickt oder können nach Terminabsprache in der Geschäftsstelle Leipzig, Riesaer Straße 72–74, 04328 Leipzig, abgeholt werden. Fragen zum 22. Sächsischen Unternehmerball beantwortet UV-Geschäftsstellenleiterin Silvia Müller unter der Telefonnummer 0341 2579122.

BESTELLFORMULAR BITTE FAXEN
0341 2579180

UNTERNEHMERVERBAND SACHSEN

Liebe Mitglieder,

ich denke immer wieder darüber nach und das ist auch meistens Thema unserer Präsidiums- und Vorstandssitzung, wie können wir als Verband unseren Mitgliedsunternehmen mit den begrenzten finanziellen und personellen Möglichkeiten noch mehr Service und Dienstleistungen anbieten. Wenn man über einen großen Mehrwert für unsere Unternehmen bzw. für alle sächsischen kleinen und mittelständischen Unternehmen nachdenkt, kommt die 1. Frage: „Wo stehen wir 22 Jahre nach der Wende? Was raten wir unseren Unternehmen und wie können wir sie unterstützen?"

Da habe ich Ende März einen interessanten Artikel in der Frankfurter Allgemeinen gelesen und zwar ein Interview der Zeitung mit Ulrich Blum, dem ehemaligen Präsident en des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle und jetzigen Professor für Wirtschaftspolitik an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg. Der Artikel hieß 'Westdeutschland verdient heute an der Einheit' (FAZ, 29.03.2012, Nr. 76, Seite 4). Im Streit über die Solidarpolitik fordert der Ökonom eine radikale Abkehr von der Förderpolitik für den Osten nach dem Gießkannenprinzip. Kurz gefasst schildert er unsere Situation folgendermaßen:

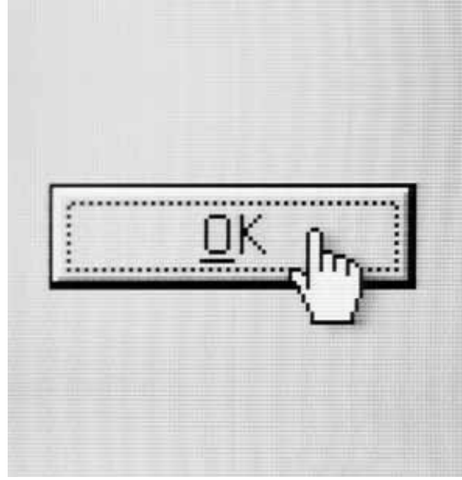
Seit Ende der 90er Jahre stagniert das Wachstum im Osten trotz erheblicher Förderung. Die Produktivität im Osten liegt bei 80 Prozent des Westniveaus, das BIP je Einwohner beträgt rund 70 Prozent. Obwohl ländliche Gegenden wie die Uckermark in Brandenburg heute mit Gegenden z. B. in Niedersachsen vergleichbar sind, haben die erfolgreichen Städte im Osten wie Potsdam, Jena, Dresden oder Leipzig gegenüber Referenzstädten im Westen nichts aufgeholt – im Gegenteil, sie haben noch immer großen Abstand. So nimmt etwa Düsseldorf das Vielfache von Steuern ein, wie das gleich große Dresden. Westkommunen können in Deutschland 40 Prozent ihres Haushaltes aus eigenen Steuern decken, ostdeutsche gerade mal 25 Prozent.

Es existieren im Osten heute eine überwiegend kleinteilige und zulieferorientierte Industrie sowie verlängerte Werkbänke internationaler Unternehmen. Es gibt keine Führungszentralen von Konzernen oder große DAX Unternehmen. Diese Zentralen machen aber in Deutschland 1/3 der Wertschöpfung aus, weil hier die Forscher, Entwickler und Manager für hohe Löhne arbeiten.

Das eigentliche Problem ist aber, dass die im Osten produzierten Waren über West-Konzernzentralen abgerechnet werden, die dann auch im Westen ihre Steuern bezahlen. Oder betrachten wir die Erbschaftssteuer, da nimmt der Osten 5 Euro, der Westen 55 Euro je Einwohner ein. Diese Differenz wird noch größer werden, weil große Teile Ostdeutschlands im Westen vererbt werden und die Erbschaftssteuer am Wohnort des Erbenden anfällt. Außerdem verdient Westdeutschland auch heute noch an der Einheit, da durch das höhere Wachstum westdeutscher Unternehmen im Osten viel mehr verkauft wird als umgekehrt.

In Anerkennung dieser Analyse fordert Ulrich Blum eine Abkehr von der Förderung nach dem Gießkannenprinzip. Wir müssen Ballungszentren mehr fördern und den Mut haben, aufstrebende und innovative Unternehmen so zu unterstützen, dass sie auch im Osten groß werden können, aber auch im Ausland Tochterunternehmen aufbauen, zukaufen und fusionieren können. [...]

Die Fortsetzung der Rede von UV-Präsidenten Hartmut Bunsen anlässlich der Jahreshauptversammlung 2012 finden Sie auf Seite 5 dieser Ausgabe.



WWW.UV-SACHSEN.ORG

BESUCHEN SIE UNSERE INTERNETSEITE!

- Aktuelles aus den Regionen Chemnitz, Dresden, Leipzig
- Kontakte und Termine
- Wissenswertes

GEMEINSAM FÜR DIE REGION

UV-Hauptgeschäftsstelle
Riesaer Straße 72–74
04328 Leipzig

Telefon +49 341 2579-120/-122
Telefon +49 351 2579-180
leipzig@uv-sachsen.org

UNTERNEHMERVERBAND SACHSEN

Jahreshauptversammlung 2012 in Chemnitz

UV-Präsident Hartmut Bunsen: „Wir müssen auf alle Fälle unsere Lobby ausbauen!“

Präsident Hartmut Bunsen sprach auf der Jahreshauptversammlung in Chemnitz über den Dialog mit der Politik auf Bundesebene: „Wir müssen auf alle Fälle unsere Lobby ausbauen!“, hob er hervor und kündigte in diesem Zusammenhang für den 23. Oktober 2012 einen weiteren parlamentarischen Abend in Berlin an. In seinen Ausführungen ging er unter anderem auch auf den notwendigen Bürokratieabbau und die Sicherung des Fachkräftebedarfs ein. Seine gesamte Rede ist auf den Seiten 3 und 5 abgedruckt.

Rüdiger Lorch, geschäftsführender UV-Vizepräsident, zeigte die vielfältige Arbeit des Verbandes 2011 auf. Er betonte unter anderem die positive Entwicklung der Zusammenarbeit mit den Mitgliedsverbänden, erläuterte die Aktivitäten der UV-Repräsentanzen im Ausland und stellte Projekte vor, die in enger Zusammenarbeit mit der UV Projekt- und Entwicklungsgesellschaft GmbH realisiert wurden und werden. Als Kern der Verbandsarbeit nannte er Dienstleistungen, Betreuung und Beratung der Mitglieder.

Die Verbandsaktivitäten umfassten 98 Einzelberatungen, 15 Arbeitskreise zu den Themen Existenzgründung und Existenzsicherung, sechs wirtschaftspolitische

Rüdiger Lorch, geschäftsführender Vizepräsident des UV-Sachsen, stellte den Tätigkeitsbericht 2011 vor

Arbeitskreistreffen, vier Treffen mit Landesministern, neun Treffen mit den Bundestagsabgeordneten der Regionen, 19 Stammtische zu aktuellen Themen sowie zahlreiche Treffen in Unternehmen als stammtischähnliche Veranstaltungen. Zur wirtschaftlich-politischen Sacharbeit zählen die Teilnahme an 25 wirtschaftspolitisch und/oder regional ausgerichteten Foren, Gesprächsrunden und Veranstaltungen, die Mitarbeit in verschiedenen Initiativen und Ausschüssen beim SMWA, SMI, SMS oder bei der SAB, wirtschaftspolitische Runden bei den Stadtverwaltungen der Oberzentren (OB-Gespräche, Gespräche zu stadtpolitischen Einzelthemen) sowie die Beiratstätigkeit und Mitarbeit in regionalen Fachausschüssen (Beirat Jobcenter Leipzig).

In folgenden Institutionen ist der UV Sachsen ebenfalls aktiv: im Widerspruchsausschuss der Landesarbeitsverwaltung, in der Sächsischen Allianz zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, in der Sächsischen Allianz für Arbeit- und Beschäftigungsförderung für Menschen mit Behinderung, im Sächsischen Gleichstellungsbeirat bei der Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz und in der Sächsischen Allianz für Arbeitsschutz.

Mit Blick in die Zukunft steckt sich der Verband folgende inhaltliche Ziele: eine stärkere Vernetzung auf Sachebene mit Mitgliedsunternehmen, den Aufbau regionaler Unternehmernetzwerke, den Ausbau der Dienstleisterrolle gegenüber Mitgliedern, den Ausbau der bundespolitischen Aktivitäten mit der Interessengemeinschaft und den Fachverbänden sowie die weitere Umsetzung von Projekten wie Support, NEMO und OLA.

Im Präsidium: Vizepräsident Ullrich Hintzen, Vizepräsident Wilfried Zill und Präsident Hartmut Bunsen | v.l.n.r.

Rede von UV-Präsident Hartmut Bunsen

Fortsetzung von Seite 3

[...] Es gibt schon heute in Sachsen und Thüringen einen soliden Mittelstand, aus dem in den nächsten Jahren solche Champions hervor gehen könnten. Im Moment besteht nur das Problem, dass sobald das Potential dieser Firmen erkennbar wird, sie von den Großen im Westen aufgekauft werden, die für Investitionen dann auch noch Fördergelder bekommen. Deshalb benötigen erfolgversprechende Unternehmen im Osten Hilfe beim Wachstum und bei der internationalen Einbindung, sodass auch hier nicht nur verlängerte Werkbänke sondern eigenständige schlagkräftige Führungszentralen entstehen, Löhne und Kaufkraft steigen, mehr Forschung und Entwicklung angesiedelt, die Region attraktiver wird und die Steuerlücke zum Westen abgebaut werden kann.

Auf die Frage der Frankfurter Allgemeinen an Ulrich Blum, warum die Bundesregierung, der dieses Konzept vorliegt, sich nicht dazu bekennt, seine Antwort: „Es gibt im großen Teich der Ost-Förderung viele Fische, die sich mästen, darunter auch ganze Abteilungen in den Ministerien von Bund und Ländern. Wenn dort Veränderung droht, wie es unser Gutachten empfiehlt, hält man es lieber zurück. Ein solcher Umgang mit der Wissenschaft ist nicht nur respektlos, sondern sau-teuer.“ Hier haben wir nicht nur eine Analyse der Situation nach 22 Jahren Nachwende-Wirtschaft im Osten, sondern auch mal einen Vorschlag zur Lösung.

Was können wir tun, nicht nur der UV Sachsen, sondern alle ostdeutschen Verbände und Kammern, denen das Wachstum unseres Mittelstandes am Herzen liegt, um solche Gesetze auf den Weg zu bringen. Hier geht es ja nicht nur um unsere Unternehmen, sondern auch darum, dass unsere Regionen nach Auslaufen des Solidarzuschlages und der EU-Strukturförderung nicht weiter wirtschaftlich zurückfallen und die Lücke noch größer wird. Ein erster Schritt war, dass nach dem Treffen der Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin mit unserem Wirtschaftsminister Rößler im November 2011 in Leipzig, die Bundesregierung das fast schon zu den Akten gelegte ZIM-Programm wieder aktiviert hat, sodass die Verbundforschung zwischen Unternehmen und Hochschulen sowie dem Mittelstand mit Erfolg weitergeführt werden kann. Nicht gelungen ist es uns, die Investitionszulage am Leben zu erhalten. Da gab es die Äußerung von Herrn Rößler eine ähnliche Zulage auf den Weg zu bringen, die aber in ganz Deutschland in schwachen Regionen Anwendung finden kann.

Um einen zusätzlichen Service für unsere Unternehmen zu schaffen, denken wir über die Einführung einer softwarebasierenden Netzwerk- und Kommunikationsplattform in unserem Verband nach. Wir wissen, dass das eigene Wirtschaftspotenzial nicht sehr hoch ist, deshalb wollen wir unsere Auslandsrepräsentanz, unsere Partnerverbände und andere Verbände mit ins Boot holen. So wollen wir die Anzahl der Portalmitglieder steigern, damit die Portallösung eine weite Akzeptanz erreicht. In diesem Interessenpool schließen sich Unternehmen zusammen, um beispielsweise gemeinsam bessere Preise bei ihrem Energieanbietern zu erhalten.

Zum Schluss will ich noch auf einige Punkte eingehen, die wir ebenfalls nicht aus den Augen verlieren dürfen. Wir dürfen nicht weiter nur vom Bürokratieabbau reden, sondern wir müssen erreichen, dass der Abbau in allen Bereichen, vor allem zur Entlastung der kleinen und mittelständischen Unternehmen, endlich glaubhaft umgesetzt wird. Politik und Verwaltung müssen aufhören, unsere Unternehmen mit immer neuen Auflagen und Verboten zu bevormunden und uns über Gebühren finanziell zu belasten.

Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs sind verstärkte Anstrengungen nötig, vor allem um die Ausbildungsreife der Schulabgänger in unserer Region zu verbessern, damit die unakzeptable Abbrecherquote in allen Ausbildungsbereichen dauerhaft gesenkt wird. Bei einem Gespräch mit der Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit, Frau Griese, haben wir über Probleme der Besetzung unserer Ausbildungsstellen gesprochen. Da gibt es jetzt ein so genanntes ‘Speed Dating’, wo vermittelbare Interessenten für Ausbildungsplätze mit Unternehmen zusammen gebracht werden. Aber auch das Vergaberecht darf nicht mit vergabefeindlichen Kriterien wie Mindestlöhne, Frauen- oder Ausbildungsquoten überzogen werden.

Nun möchte ich noch einen Hinweis unseres Mitgliedes Kurt Kirpal von der Firma KET weitergeben. In der Zeitschrift ‘Markt und Mittelstand’ wird auf einen Referatsentwurf des Bundesministeriums für Justiz hingewiesen. Danach sollen, ausgehend von einer Brüsseler Zahlungsrichtlinie, individuelle Zahlungsziele von über 60 Kalendertagen vereinbart werden. Diese liegen bisher bei 30 Tagen und eine Abnahmefrist für Bauprojekte solle auf 30 Kalendertage ausgedehnt werden. Wenn diese Regelung umgesetzt wird, beläuft sich der Liquiditätsverlust für die deutsche Bauwirtschaft auf bis zu 20 Milliarden Euro im Jahr. Schuld daran sind die nationalen Ungleichgewichte. Während in Deutschland selbst, im Baugewerbe über 80 Prozent der Rechnungen bis 30 Tage nach Eingang gezahlt werden, sind in Südeuropa Zahlungsziele von 90 Tagen und mehr an der Tagesordnung. Um das sicherzustellen, müssen die meisten mittelständischen Unternehmen in Deutschland ihre Zwischenfinanzierung über Banken realisieren, die in der Regel Kontokorrentkredite für bis zu 12,5 Prozent Zinsen vergeben. Das könnte hochgradig gefährlich für unsere Liquidität werden und viele Unternehmen in die Insolvenz treiben.

Gemeinsam mit der Leipziger IHK werden wir die Hintergründe klären und versuchen, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Viele solcher Fallstricke werden von Politik und Verwaltung, vor allem über die EU, auf den Weg gebracht und wir müssen uns intern Gedanken machen, wie wir noch schneller Schritte dagegen unternehmen zu können.

> „Erfolgversprechende Unternehmen im Osten benötigen Hilfe beim Wachstum und bei der internationalen Einbindung“

Bild links: Rainer Brüderle (l.), Fraktionsvorsitzender der FDP im Deutschen Bundestag, diskutierte ebenfalls mit den Teilnehmern des Forums. | Bild Mitte: UV-Präsident Hartmut Bunsen, EU-Kommissar für Energie Günther Oettinger, Gunnar Wobig vom UV Vorpommern und Leipzigs IHK-Präsident Wolfgang Topf (v.l.n.r.) | Bild rechts: UV-Vizepräsident Dr. Mathias Reuschel (4.v.l.) beteiligte sich unter anderem an der Diskussion im Forum 'Wärme'.

Gelungene Premiere des ersten Ostdeutschen Energieforums

Fortsetzung am 29. und 30. April 2013 in Leipzig

Beim erfolgreichen Start des ersten Ostdeutschen Energieforums, welches am 10. und 11. Mai 2012 von der Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin sowie den ostdeutschen Industrie- und Handelskammern in Leipzig durchgeführt wurde, diskutierten mehr als 500 Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft, Energiewirtschaft und Mittelstand mit zahlreichen namhaften Referenten über die Auswirkungen der Energiewende in Deutschland.

„Das große Interesse am ersten Ostdeutschen Energieforum hat den enormen Gesprächsbedarf zum Thema Energiewende aufgezeigt", fasste Hartmut Bunsen, UV Sachsen Präsident und in Personalunion Sprecher der Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin, das Forum zusammen. „Es ist noch kein Masterplan der Bundesregierung erkennbar, der aber dringend notwendig ist, um dieses Großprojekt zu stemmen. Die Energiewende muss zur Chefsache der Bundeskanzlerin erklärt und endlich professionell gemanagt werden. Der schleppende Netzausbau, die fehlenden Speichertechnologien und die unzureichende Koordinierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind nur ein paar Beispiele, die umgehend in den nächsten Wochen und Monaten angegangen werden müssen. Es droht ansonsten eine massive Erhöhung der Energiekosten und damit gefährden wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen insbesondere in den neuen Bundesländern. Mit dem Ostdeutschen Energieforum haben wir jetzt die Grundlage für ein regelmäßiges Monitoring geschaffen, dass uns bei der Beurteilung des Fortgangs der Energiewende helfen wird."

Wolfgang Topf, Präsident der IHK zu Leipzig, ergänzte im Namen der ostdeutschen Industrie- und Handelskammern: „Wir brauchen für die heimische Wirtschaft eine bezahlbare und zuverlässige Stromversorgung. Dabei beeinflusst die Energiewende eine gesamte Prozesskette: von der Erzeugung über den Transport, Handel, Verbrauch, die Rückführung bis hin zu den Klimaschutzzielen. Vor allem der Infrastrukturbereich steht vor erheblichen Herausforderungen: Ob intelligente Vernetzung oder neue Kraftwerks-, Speicher- und Antriebstechnologien – der Forschungsaufwand für Wirtschaft und Wissenschaft ist immens. Gelingt die Energiewende, wird dies globalen Vorbildcharakter haben und die Exportchancen deutscher Umwelttechnik beflügeln. Die Potenziale gilt es jetzt freizusetzen, durch verlässliche politische Rahmenbedingungen."

Hartmut Bunsen während seiner Abschlussrede auf dem Energieforum.

> „Die Energiewende muss Chefsache der Bundeskanzlerin werden"

In seinem abschließenden Statement zeigte sich Bunsen überaus zufrieden mit der Veranstaltung und kündigte daher das zweite Ostdeutsche Energieforum an, welches am 29. und 30. April 2013 ebenfalls in Leipzig stattfinden wird. Im Nachgang formulierte die Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin zentrale Forderungen zur Umsetzung der Energiewende als Resümee des Energieforums.

Referenten des Ostdeutschen Energieforums im Congress Center Leipzig waren unter anderem: EU-Kommissar für Energie Günther Oettinger, Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich, der ehemalige Vorsitzende der Ethik-Kommission für eine sichere Energieversorgung und Ex-Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer, Dr. Klaus-Dieter Barbknecht (Vorstandsmitglied der VNG – Verbundnetz Gas AG), Rainer Knauber (Generalbevollmächtigter der Vattenfall Europe AG für Berlin und die neuen Bundesländer), Dr. Nedim Cen (Vorstandsvorsitzender der Q-Cells SE), Rainer Brüderle (Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag) und Prof. Dr. Ferdinand Dudenhöffer (Direktor des Car-Instituts der Universität Duisburg-Essen).

INFORMATIONEN
www.ostdeutsches-energieforum.de

Zentrale Forderungen zur Umsetzung der Energiewende

- Die Energiewende muss zur **Chefsache der Bundeskanzlerin** werden. Sie sollte die Kompetenzen im Bundeswirtschaftsministerium bündeln. Das macht aus Sicht der klein- und mittelständischen Unternehmen Sinn, da dadurch Bürokratie verringert wird und sich Synergieeffekte mit den Kompetenzen des Beauftragten der Bundesregierung für den Mittelstand ergeben könnten.
- Die **Koordinierung von Bund, Ländern, Kommunen sowie Wirtschaft** darf nicht in einem Kompetenzwirrwarr enden – auch dies spricht für eine Zentralisierung.
- Ein **gesunder Energie-Mix** mit definierter Grundlastentwicklung muss umgesetzt werden – natürlich immer mit Blick auf bezahlbare Energiekosten für Unternehmer und Endverbraucher.
- Keine Entscheidung für zentrale oder dezentrale Versorgungskonzepte, sondern **Verbindung beider**, um den klein- und mittelständischen Unternehmen Handlungsmöglichkeiten zu geben.
- Die Kosten des Netzausbaus sind **bundesweit auf die Netzkosten umzulegen**, um die Regionen mit hohem Stand beim Ausbau regenerativer Energien nicht wirtschaftlich zu benachteiligen.
- **Schnelle Genehmigung von Großprojekten**, von deren Bau die klein- und mittelständischen Unternehmen profitieren können.
- Die Stagnation im Mobilitätskonzept der Bundesrepublik muss beseitigt und dafür **politische Vorgaben sowie verlässliche Rahmenbedingungen** geschaffen werden.
- Die Energieeinsparung ist ein **wesentlicher Pfeiler der Energiewende** und auch ein maßgeblicher Faktor für die Wirtschaftsentwicklung der regionalen KMUs. Das Ostdeutsche Energieforum hat gezeigt, dass eine Differenzierung in den Förder- und Finanzierungsprogrammen für Ost- und Westdeutschland notwendig ist.

Diese Schwerpunkte werden auf dem zweiten Ostdeutschen Energieforum am 29. und 30. April 2013 wieder auf der Tagesordnung stehen.

Dr. Wilfried Zill, Michael Bross, GF Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie, Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados, Jochen Zill und Alexander Zill. | v.l.n.r.

novatic feiert 150 Jahre Lackproduktion in Halle

UV-Mitgliedsunternehmen setzt Tradition fort – Speziallacke auf hohem Qualitätsniveau

2011 feierte die Dresdner Lackfabrik novatic ihr 20jähriges Jubiläum in Dresden und in diesem Jahr 150 Jahre Lackproduktion in Halle. Die Hallesche Lackfabrik novatic GmbH übernahm 2007 die Lackproduktion der Hallack GmbH und setzt somit eine lange Tradition fort. Am 22. Mai 1862 wurde die Farbenfabrik C. W. Pabst KG Halle/Saale als Öl- und Chemiehandel in der Julius-Ebeling-Straße 2 gegründet.

Geschäftsführer Jochen Zill baute den Standort als Teil der novatic Gruppe auf. Heute beschäftigt das Unternehmen 15 Mitarbeiter und zwei Auszubildende. Novatic in Halle produziert Bautenfarben aller Art und beliefert damit hauptsächlich den Einzel- und Fachgroßhandel. Seit Herbst 2011 werden von der Halleschen Lackfabrik novatic GmbH für den Handelsbereich neue Artikel angeboten: Mit den ersten vier Acryllacken und der Acryl-Bodenbeschichtung werden umweltfreundliche Produkte etabliert. Im Frühjahr 2012 folgten Acryl-Buntlacke, Acryl-Wetterschutzfarben, Streichkalk, Latexfarben und Putze.

Die Hallesche Lackfabrik setzt ihren Weg fort, Speziallacke auf hohem Qualitätsniveau anzubieten. Als besonderes Highlight produziert novatic Halle nach neuesten umweltfreundlichen Kriterien Schwimmbeckenfarbe und ist für dieses Produktsegment in Deutschland zum größten Produzenten avanciert. Das Unternehmen konnte seine Produktion von 2007 bis 2012 auf 800 Tonnen pro Jahr verdoppeln. Als neueste Entwicklung hat das Unternehmen eine schadstofffreie Biorasenmarkierungsfarbe mit TÜV Zertifikat auf den Markt gebracht.

Die Gesamtinvestitionen am Standort Halle von mehr als 1,5 Millionen Euro wurden am 30. April 2012 abgeschlossen. Es erfolgten ein umfangreiches Modernisierungsprogramm, Umbau- und Renovierungsmaßnahmen am Gebäudekomplex sowie die Errichtung einer neuen Lagerhalle.

Die Festveranstaltung am 15. Juni 2012 diente auch dazu, diese Investitionen in Betrieb zu nehmen. Die Hallesche Lackfabrik novatic GmbH feiert dieses Ereignis gemeinsam mit ihren Kunden, Geschäftspartnern und Mitarbeitern. Zu den Gratulanten zählten Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados und Michael Bross, Geschäftsführer des Verbandes der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie.

INFORMATIONEN www.novatic.com

Leipzig Open 2012 erfolgreich

Turnier auf hohem Niveau – Wirtschaft wichtige Säule

Zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort gehören auch Faktoren wie Sport und Kultur, davon ist UV-Vizepräsident Dr. Mathias Reuschel seit Jahren überzeugt. Deshalb setzt er sich unter anderem für einen aktiven Tennissport ein. Als Präsident des Leipziger Tennis Clubs LTC 1990 freute er sich im Juni besonders über den erfolgreichen Verlauf der Leipzig Open 2012. Für das gelungene Turnier holte er wieder starke Partner wie den UV Sachsen, die Wirtschaftsjunioren und den Verein 'Gemeinsam für Leipzig' ins Boot und überzeugte Sponsoren wie die Messeprojekt GmbH, S&P Sahlmann und das Audi Zentrum Leipzig davon, das bedeutende Sportereignis mit zu ermöglichen.

Bereits zum 14. Mal fanden die Internationalen Sächsischen Meisterschaften statt, die der LTC 1990 seit 2005 begleitet. „Wir hatten bei unseren drei Säulen

Uwe Albrecht, Rüdiger Lorch, Dr. Mathias Reuschel und Roberto Ulbricht (Audi-Zentrum Leipzig) verfolgten das Finale. | v.l.n.r.

– Profi-Tennis, Wirtschaft und Kinder – so viele Teilnehmer wie noch nie, sind breit aufgestellt und haben eine neue Qualität erreicht", freute sich Dr. Mathias Reuschel und lobte in diesem Zusammenhang das hohe ehrenamtliche Engagement der Vereinsmitglieder. 47 Unternehmer nahmen am Turnier der Wirtschaft teil. Und rund 500 Zuschauer verfolgten die spannenden Finale der Herren und Damen. Am Ende standen Lisa Brinkmann aus Lorsch und André Begemann aus Düsseldorf als Gewinner fest. Auch bei der Leipziger Politik hat das Turnier einen hohen Stellenwert. Der Leipziger Bürgermeister für Sport Heiko Rosenthal schaute ebenso vorbei wie seine Kollegen Uwe Albrecht (Wirtschaft) und Torsten Bonew (Finanzen).

Das hohe Niveau des Turniers wurde auch vom Deutschen Tennis Bund (DTB) wahrgenommen. So versprach Heidrun Pointner, im DTB mit für die nationalen Veranstaltungen zuständig, Leipzig für eine Aufwertung zu empfehlen. Damit wäre der Grundstein dafür gelegt, dass der Leipziger Tennis Clubs LTC 1990 in naher Zukunft ein ITF- oder Challenger-Turnier im Sportforum ausrichten kann.

INFORMATIONEN www.ltc1990.de

Projekt 'support' – 150 Betriebe nutzen bisher Angebot

UV Sachsen unterstützt SFZ Berufsbildungswerk für Blinde und Sehbehinderte Chemnitz gGmbH

Auf Initiative des UV Sachsen wurde 2010 mit großer Unterstützung des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen e. V. – Integrationsamt Sachsen – das Projekt 'support' ins Leben gerufen. Das Modellprojekt agiert zunächst in der Region Südwestsachsen. Das Dienstleistungsnetzwerk für KMU bietet kostenfrei alle Leistungen rund um die Beschäftigung und Ausbildung schwerbehinderter, behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen. Das Netzwerk arbeitet längst erfolgreich und unterstützt bisher über 150 südwestsächsische Betriebe aus verschiedenen Branchen.

Kompetenzen konzentrieren, kombinieren und mit Partnern kooperieren sind wichtige Anliegen von 'support'. In diesem Zusammenhang wurde im März 2010 eine Kooperation zwischen dem UV Sachsen, dem SFZ Berufsbildungswerk für Blinde und Sehbehinderte Chemnitz gGmbH und support abgeschlossen. Die

Gabriele Hofmann-Hunger, Dr. Wolfgang Degner, Gabriele Herrmann, Ausbilderin im bbw, (v.l.n.r.) mit support-Mitarbeitern und Azubis

Kooperation verfolgt Ausbildungsinteressen der Berufsausbildung für blinde und sehbehinderte junge Menschen in den anerkannten Ausbildungsberufen Servicekraft und Kaufmann/-frau für Dialogmarketing. Die 'support'-Mitarbeiter führen Übungen und Trainings durch und überzeugen sich im Vorfeld des 'echten' Telefonmarketings von der Professionalität der Auszubildenden am Telefon. Diese unternehmensbezogene Zusammenarbeit während der Berufsausbildung wird von allen beteiligten Partnern als eine wertvolle Methode zur Förderung der Fähigkeiten der Auszubildenden, insbesondere in den Ausbildungsbestandteilen Telefonakquise sowie Organisation und Abwicklung von Unternehmensaufträgen, hervorgehoben. Sie stärkt das Selbstvertrauen der Auszubildenden, indem sie innerhalb ihrer Ausbildung reale Praxissituationen zu bewältigen haben.

Die Auszubildenden erhielten auf einem Treffen mit der Ausbildungsleitung und der 'support'-Projektleitung einen herzlichen Dank für ihre Arbeit. Mit Wissen über die Leistungsfähigkeit der Auszubildenden bot 'support' gern seine Unterstützung bei der Suche nach passenden Arbeitsverhältnissen in regionalen Unternehmen an.

KONTAKT Telefon 0371-6513310, support@sfw-chemnitz.de

Kooperation zwischen UV und Handelsverband Sachsen

'Support' – Menschen mit Behinderungen bessere Chancen auf Arbeitsmarkt ermöglichen

Die UV-Repräsentanz Südwestsachsen, das Soziale Förderwerk und der Handelsverband Sachsen, Bezirk Südwestsachsen, haben eine Kooperationsvereinbarung über die Zusammenarbeit der Partner im Projekt 'support – Dienstleistungsnetzwerk für sächsische KMU' unterzeichnet. „Es ist gut, dass wir unseren Einzelhandelsunternehmen dieses kostenfreie Dienstleistungspaket anbieten können, denn die grundsätzliche Bereitschaft, Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen, ist vielfach vorhanden", sagt der Vizepräsident des Handelsverbandes Sachsen und Bezirksvorsitzende des HVS in Südwestsachsen, Joachim Otto.

Eine Wahrnehmung, die auch die 'support'-Projektinitiatorin des UV Sachsen, Gabriele Hofmann-Hunger, bestätigt: „Ausschlaggebend für die Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben ist die Bereitschaft des Unternehmers zur Beschäftigung oder Ausbildung. Unsere Erfahrungen zeigen, dass diese Bereitschaft durchaus in kleinen und mittleren Unternehmen vorhanden ist, sich die Unternehmer aber bei der Umsetzung, also bei allem, was bei der Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im Unternehmensalltag zu bewältigen ist, mitunter alleingelassen fühlen".

Hier setzt 'support' an und will zielgerichtete Hilfeleistung geben, wie der geschäftsführende Vorstand des Sozialen Förderwerks und Projektkoordinator, Dr. Wolfgang Degner betont. „Unser Ansatz sind die konkreten Unternehmensbedürfnisse. Wir schauen uns an, was ein Unternehmen benötigt und welche Hilfe nötig

Joachim Otto, Gabriele Hofmann-Hunger und Dr. Wolfgang Degner | v.l.n.r.

ist, um die Integration eines Arbeitnehmers mit Behinderung so gestalten zu können, dass es zu einer Bereicherung für das Unternehmen und zu einer dauerhaften Chance für den betroffenen Arbeitnehmer kommt."

Der UV sieht sich als verbandsübergreifend wirkende Arbeitgeberinteressenvertretung, die Interessen der eigenen Mitgliedsfirmen und die seiner Partnerverbände bündelt und Dienstleistungsangebote zum Vorteil möglichst vieler kleiner und mittlerer Arbeitgeber befördert. support steht in enger Verbindung mit der 'Allianz für Beschäftigungsförderung von Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen', die unter der Schirmherrschaft von Sozialministerin Christine Claus, Kultusminister Prof. Dr. Roland Wöller und Wirtschaftsminister Sven Morlok gegründet wurde. Der UV Sachsen und der Handelsverband Sachsen gehören zu den Gründungsmitgliedern der Allianz.

INFORMATIONEN www.support-fuer-kmu.de

'SUPPORT'-NETZWERKTREFFEN
GS Chemnitz | 11. Juli 2012 | 13 bis 17.30 Uhr | 'Support'-Netzwerktreffen | Solaristurm Chemnitz, Neefestraße 88, 09116 Chemnitz
Anmeldung: Telefon 0371 49512912, chemnitz@uv-sachsen.org

ERFINDERSPRECHTAG
28. August 2012 | Damit die Ergebnisse des handwerklichen Erfindergeistes nicht ungenutzt verkümmern, bietet die Handwerkskammer zu Leipzig für Tüftler und Erfinder innovativer Lösungen regelmäßig Erfindersprechtage an | Einzelberatungen zu Patentanmeldung und Markenschutz | Leipziger Haus des Handwerks, Dresdner Straße 11/13
Anmeldung: Rainer Hauk, Telefon 0341 2188230, hauk.r@hwk-leipzig.de

SACHSEN SAIL 2012
3. September 2012 | Ziel: Riga in Lettland | Motto: WIRTSCHAFT. KONTAKTE. NEUE HORIZONTE. | Drei Segeltour-Varianten | Riga-Aufenthalt vom 6. bis zum 9. September ist Kernzeitraum mit IHK-Delegation
Kontakt: 0341 5262823, info@sachsensail.de, www.sachsensail.de

'FACT-FINDING'-REISE NACH MOSKAU
24. bis 28. September 2012 | Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH plant 'Fact-finding'-Reise zur 'Industrial Trade Fair Moscow' nach Moskau | Ziel: Teilnehmer mit Fachrichtungen der Messe, Rahmenbedingungen sowie Veranstaltern bekannt zu machen
Kontakt: Dr. Hagen, Bertolt-Brecht-Allee 22, 01309 Dresden, Telefon 0351 2138170

WIRTSCHAFTSREISE NACH ITALIEN
18. bis 21. Oktober 2012 | Hauptziel Bologna | Programm: Erkundung des italienischen Marktes im Bausektor mit dem Besuch der stattfindenden Baufachmesse SAIE und die Anbahnung erster Geschäftskontakte zwischen sächsischen und italienischen Unternehmen
Kontakt: IHK zu Leipzig, Christina Goldbergk, Telefon 0341 12671323, goldbergk@leipzig.ihk.de

UNTERNEHMERREISE NACH NORDAMERIKA
22. bis 26.Oktober 2012 | GTAI, AHK Kanada und AHK USA organisieren Unternehmerreise der Branchen Maschinenbau, Umwelttechnik (Wasser), Energiewirtschaft und Transport beziehungsweise branchenverwandte Wirtschaftsbereiche nach Toronto und Chicago | jeder Teilnehmer erhält individuelles Terminprogramm mit potenziellen Geschäftspartnern
Kontakt: IHK zu Dresden, Rainer Reißaus, Telefon 0351 2802-174, reissaus.rainer@dresden.ihk.de

TERMIN FÜR UNTERNEHMERBALL VORMERKEN
17. November 2012 | 20 Uhr | 22. Sächsische Unternehmerball | Hotel 'The Westin Leipzig'
Anmeldung: UV-GS Leipzig, Riesaer Straße 72-74, 04328 Leipzig, Telefon 0341 2579120, leipzig@uv-sachsen.org

Für Live-Musik sorgt die Band 'Nightfever'

Sommernachtsball der jungen Wirtschaft

Parkschloss Leipzig passende Kulisse

Die Wirtschaftsjunioren Leipzig e.V. laden am 15. September 2012 zum Sommernachtsball der jungen Wirtschaft ein. Die Gäste können sich im Parkschloss Leipzig auf ein köstliches mediterranes Buffet, ausgewählte Weine, eine atemberaubende Bühnenshow und Live-Musik mit der Band 'Nightfever' freuen. Schirmherr des Abends ist Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig.

Der Ablauf: 18.30 Uhr Einlass mit Sektempfang, 19.30 Uhr Beginn, gegen 20 Uhr Eröffnung des Buffets, 21 Uhr Tanzeröffnung, 22.30 Uhr Modenschau und ab 23 Uhr wieder Musik und Tanz. Der Kartenpreis beträgt 99 Euro (zuzüglich Umsatzsteuer).

KONTAKT Telefon 0341 24610712, www.sommernachtsball.net

UV-Mitgliedsverband MGV informiert

Zahl der Neugründungen steigt

Genossenschaften sind in Deutschland weit verbreitet. Derzeit agieren rund 7.600 Unternehmen dieser Rechtsform und haben über 20 Millionen Mitglieder.

Praktisch jeder Landwirt ist Mitglied einer oder mehrerer Genossenschaften. 60 Prozent aller Handwerker, 75 Prozent aller Einzelhandelskaufleute, 90 Prozent aller Bäcker und Metzger sowie über 65 Prozent aller selbständigen Steuerberater sind Genossenschaftsmitglieder. Die Wohnungsgenossenschaften umfassen 3,2 Millionen Mitglieder und bewirtschaften circa zehn Prozent der Mietwohnungen in Deutschland. Diese sind allerdings nicht im DGRV, sondern in eigenen Verbänden organisiert. Die Zusammenarbeit dieser Organisationen mit dem DGRV erfolgt im Freien Ausschuss der deutschen Genossenschaftsverbände.

Die Genossenschaftsorganisation bietet bundesweit rund 600.000 Menschen einen Arbeitsplatz und stellt circa 35.000 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Der Neugründungsboom im Genossenschaftssektor hält an. Allein in der ersten Hälfte des Jahres 2011 wurden in Deutschland 172 eG gegründet – über 28 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Der MGV verzeichnete 2011 14 Neugründungen, 2010 waren es acht.

INFORMATIONEN
www.neuegenossenschaften.de

Agentur für Arbeit Leipzig informiert

Ausbildung begleitende Hilfen schützen vor Abbruch der Ausbildung

Die Zahl der Schulabgänger in Sachsen hat sich in den letzten Jahren nahezu halbiert, in diesem Jahr wird die Talsohle erreicht. Der Ausbildungsmarkt ist gekippt: In vielen Berufen gibt es inzwischen mehr betriebliche Ausbildungsstellen als Bewerber um einen Ausbildungsplatz. Für viele Unternehmen wird es zusehends schwieriger, ihren Fachkräftebedarf zu decken. Eine wesentliche Quelle hierfür bleibt die betriebliche Berufsausbildung. Es geht darum, das vorhandene Ausbildungspotenzial möglichst vollständig auszuschöpfen.

Konzentrieren Sie sich deshalb nicht nur auf den 'olympiareifen' Ausbildungsplatzbewerber, der immer schwerer zu bekommen ist! Geben Sie auch Jugendlichen mit schlechteren Startvoraussetzungen die Chance auf eine betriebliche Ausbildung in Ihrem Unternehmen! Viele dieser jungen Menschen sind motiviert, interessiert am Beruf und am Betrieb und gute Praktiker. Probleme treten dagegen auf wenn es gilt, den theoretischen Lernstoff der Berufsschule zu meistern. Daran sollte eine Ausbildung jedoch nicht scheitern!

Die Agenturen für Arbeit und Träger der Grundsicherung fördern ein wirksames Instrument, um Ausbildungserfolge zu sichern: ausbildungsbegleitende Hilfen (abH). Vielleicht kennen Sie abH bereits als Instrument zur Krisenintervention, wenn sich im Laufe der Ausbildung Schwierigkeiten zeigen und der erfolgreiche Abschluss gefährdet erscheint. Hier hat sich das Instrument seit vielen Jahren bewährt. abH können aber ebenso vom Beginn der Ausbildung an begleitend eingesetzt werden, wenn dies im konkreten Fall erforderlich ist.

Zu den Leistungsangeboten im Rahmen von abH gehören insbesondere:

- Zusätzlicher Stütz- und Förderunterricht (3 – 8 Stunden wöchentlich) zum Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten und zur Festigung fachlicher Ausbildungsinhalte
- Sozialpädagogische Begleitung zur Unterstützung der Entwicklung von Schlüsselkompetenzen sowie zur Bearbeitung von Problemen und Konflikten, die den Ausbildungserfolg beeinträchtigen

Die Förderung mittels abH orientiert sich stets am individuellen Leistungsstand Ihres Auszubildenden. Sie kann wenn nötig bereits in der Probezeit beginnen.

Ihrem Unternehmen entstehen durch abH keine zusätzlichen Kosten. Die Maßnahmen finden üblicherweise außerhalb der betrieblichen Ausbildungszeit statt und werden durch die Agentur für Arbeit bzw. den Träger der Grundsicherung voll finanziert. Das Personal des mit der Durchführung beauftragten Bildungsträgers wird sich mit Ihnen und der Berufsschule abstimmen, um eine individuelle und zielgerichtete Unterstützung Ihres Auszubildenden zu gewährleisten.

Sollte also Ihr (künftiger) Auszubildender ein Fall für abH sein, dann schicken Sie ihn bitte zur Berufsberatung der örtlichen Agentur für Arbeit. Dort bekommt er weitere Informationen und wird bei entsprechendem Förderbedarf in eine abH-Maßnahme einbezogen.

> „Geben Sie auch Jugendlichen mit schlechteren Startvoraussetzungen eine Chance“

INFORMATIONEN www.arbeitsagentur.de

Dresdner Gesellschaft für Mittelstandsentwicklung | Ein Institut der Privaten Akademie Dresden eG

Private Akademie Dresden eG
Dresdner Gesellschaft für Mittelstandsentwicklung
Strehlener Str. 24 | 01069 Dresden
+49(0)351 2749435
+49(0)351 2749436
kontakt@pa-dresden.de
www.pa-dresden.de

Spezialisierte Dienstleistungen für KMU:

- Fördermittelberatung
- Unternehmensnachfolge
- Restrukturierung/ Krisenbewältigung
- Konfliktmoderation/ Mediation

Vor jeder Beratung prüfen wir die Möglichkeit einer Förderung durch öffentliche Mittel.

Private Akademie Dresden eG

rechtsanwalt dr.axelschober

- 20 Jahre berufliche Erfahrung im Wirtschaftsrecht
- 20 years of professional experience in business law
- 20 ans d'expérience professionnelle dans le droit des affaires

www.dr-schober.de

RA Dr. jur. Axel Schober

Technologie Zentrum Dresden
Gostritzer Straße 67 · 01217 Dresden
Telefon (0351) 8718505

Steuer Aktuell

Änderung eines Steuerbescheides wegen offenbarer Unrichtigkeit

Oftmals kann für den Steuerbürger eine Vorschrift in der Abgabenordnung ein Rettungsanker sein, wenn der Steuerbescheid bereits rechtskräftig geworden ist. Nach dieser Vorschrift können Schreib- und Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten (z. B. Eingabefehler des Finanzamts) jederzeit berichtigt werden. Jederzeit bedeutet allerdings, dass dies nur bis zum Ablauf der Festsetzungsfrist möglich ist. Allerdings kann auch das Finanzamt nach dieser Vorschrift eine Änderung vornehmen.

Während der Bearbeitung der Einkommensteuerveranlagung 2006 bemerkte ein Finanzamt, dass im Einkommensteuerbescheid für 2005 eine Lohnersatzleistung aufgrund eines Eingabefehlers nicht berücksichtigt worden war, obwohl der Steuererklärung die Bescheinigung über die Lohnersatzleistung beigefügt worden war. Der Bundesfinanzhof bestätigte die Auffassung des Finanzamts und ließ die Änderung des Einkommensteuerbescheids 2005 wegen offenbarer Unrichtigkeit zu. Das Gericht stellte fest, dass ein Fehler im Sinne der Vorschrift offenbar ist, wenn er bei Offenlegung des Sachverhalts für jeden unvoreingenommenen Dritten klar und deutlich als offenbare Unrichtigkeit erkennbar ist. (Quelle: BFH, Urt. v. 8.12.2011, VI R 45/10, DStR 2012, S. 755)

KONTAKT B & P Wirtschafts- und Steuerberatung, Telefon 0351 465230, kanzlei@steuerberatung-sachsen.de, www.steuerberatung-sachsen.de

Recht Aktuell

Mietrecht

Der Vermieter kann einen Mietvertrag außerordentlich fristlos aus wichtigem Grund kündigen, wenn der Mieter mit zwei aufeinander folgenden Monatsmieten im Verzug ist. Die dafür maßgebliche gesetzliche Regelung findet sich in § 543 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Die Folge einer solchen fristlosen Kündigung ist die sofortige Beendigung des Mietverhältnisses. Akzeptiert der Mieter die Kündigung jedoch nicht und verbleibt in der Wohnung, so hilft meist nur die Einreichung einer Räumungsklage bei Gericht. Wird diese eingereicht, so ist unbedingt die Regelung des § 569 Bürgerliches Gesetzbuch zu beachten. Danach wird eine Kündigung auch nach Einreichung der Räumungsklage unwirksam, spätestens bis zum Ablauf von zwei Monaten, nach Eintritt der Rechtshängigkeit des Räumungsanspruches, hinsichtlich der fälligen Miete, wenn befriedigt wird oder sich eine öffentliche Stelle zur Befriedigung verpflichtet.

In diesem Fall hat dann wegen Unwirksamkeit der Kündigung auch die Räumungsklage keine Erfolgsaussicht. Wird hier nicht mit entsprechenden prozessualen Anträgen reagiert so besteht die Gefahr, dass der Vermieter die Kosten des Klageverfahrens tragen muss.

Die Rechtshängigkeit tritt mit Klagezustellung beim Mieter ein. Der Gesetzgeber fordert die Zahlung der gesamten fälligen Miete. Für den Vermieter ist dies ein Vorteil. Die Gesetzesregelung bedeutet, dass der Mieter nicht nur die reinen Monatsmieten, sondern auch die Nebenansprüche, wie z.B. die aktuelle Betriebskostennachzahlung innerhalb der Zweimonatsfrist zahlen muss.

KONTAKT MGV-Rechtsabteilung, RA Jörg Ebert, Cossebauder Straße 18 – 20, Dresden, Telefon 0351 4201558, joerg.ebert@mgv-info.de, www.vogt-ra-gmbh.de

Impressum

HERAUSGEBER
Unternehmerverband Sachsen e.V.
www.uv-sachsen.org

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rüdiger Lorch
Geschäftsführender Vizepräsident

GESCHÄFTSSTELLE LEIPZIG
Geschäftsstellenleiterin Silvia Müller
Riesaer Straße 72–74 | 04328 Leipzig
T +49 341 2579120, 2579122 | F +49 341 2579180
leipzig@uv-sachsen.org

GESCHÄFTSSTELLE DRESDEN
Postadresse: Semperstraße 2b | 01069 Dresden
Neue Besucheradresse: Semperstraße 2a
T +49 351 8996467 | F +49 351 8996749
dresden@uv-sachsen.org

GESCHÄFTSSTELLE CHEMNITZ
Gabriele Hofmann-Hunger
Marianne-Brandt-Straße 4 | 09112 Chemnitz
T +49 371 49512912 | F +49 371 49512916
chemnitz@uv-sachsen.org

VERSORGUNGSWERK DER UNTERNEHMERVERBÄNDE MITTELDEUTSCHLANDS
Rüdiger Lorch | Vorsitzender
Riesaer Straße 72-74 | 04328 Leipzig
T +49 341 2579123 | F +49 341 2579117
info@vuvm.de

CHEFREDAKTION/ANZEIGEN
Agentur Koslowski
Gottschedstraße 45 | 04109 Leipzig
T +49 341 9628323 | F +49 341 9628324
koslowski@uv-sachsen.org

LAYOUT/SATZ
RAUM II Werbeagentur
Körnerstraße 56 | 04107 Leipzig
T +49 341 30326760 | F +49 341 30326768
www.raum-zwei.com
uvaktuell@raum-zwei.com

DRUCK
Repromedia Leipzig GmbH
Johannisplatz 21 | 04103 Leipzig
T +49 341 1405890 | F +49 341 14063321
www.repromedia-leipzig.de
info@repromedia-leipzig.de

ERSCHEINUNG
UV AKTUELL erscheint zweimonatlich zum Monatsanfang, für Mitglieder des Unternehmerverbandes im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. Einzelpreis: 1,50 Euro. Für die Richtigkeit der Beiträge zeichnen die Autoren verantwortlich. Es besteht kein Veröffentlichungsrecht.

TITELMOTIV
RAUM II Bilddatenbank

REDAKTIONS-/ANZEIGENSCHLUSS
Für Ausgabe Sep/Okt 2012: 13. August 2012

RAUM II
AGENTUR FÜR WERBUNG, DESIGN, KOMMUNIKATION
WWW.RAUM-ZWEI.COM

Arbeitsrecht Aktuell

Unverfallbarkeit von Versorgungsanwartschaften

Die Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung (bAV) im Betriebsrentengesetz (BetrAVG) berücksichtigen auch den häufig eintretenden Fall, dass der begünstigte Arbeitnehmer nicht bis zum Eintritt des Rentenalters für seinen Arbeitgeber tätig ist. Was passiert, wenn der Arbeitnehmer vorher aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet?

Die zugesagten Versorgungsansprüche bleiben dem Arbeitnehmer bei seinem Ausscheiden im Allgemeinen nur dann erhalten, wenn die sog. gesetzliche Unverfallbarkeit eingetreten ist. Wann eine bAV unverfallbar wird, richtet sich insb. danach, ob sie arbeitgeber- oder arbeitnehmerfinanziert ist:

1. Arbeitgeberfinanzierte bAV: Finanziert der Arbeitgeber die bAV allein, dann soll in der Regel dessen Betriebstreue belohnt werden. Scheidet der Arbeitnehmer frühzeitig aus dem Arbeitsverhältnis aus, kann ihm der Arbeitgeber das Versorgungsversprechen wieder entziehen. Nur wenn der Arbeitnehmer nach Erteilung der Versorgungszusage bereits mehrere Jahre für das Unternehmen tätig war, bleibt ihm der Anspruch auf die zugesagte bAV erhalten. Das BetrAVG regelt, zu welchem Zeitpunkt eine Versorgung gesetzlich unverfallbar wird:

- Hat der Arbeitgeber die Versorgungszusage vor dem 01.01.2009 erteilt, muss der Arbeitnehmer bei Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis das 30. Lebensjahr vollendet haben. Zudem muss die Zusage auf bAV bereits seit 5 Jahren bestehen.
- Für Zusagen, die nach dem 01.01.2009 erteilt wurden, hat der Gesetzgeber die Mindestaltersgrenze auf 25 Jahren herabgesetzt.

Wichtig: Unabhängig von der gesetzlichen Unverfallbarkeit können Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertraglich eine kürzere Unverfallbarkeitsfrist vereinbaren.

2. Arbeitnehmerfinanzierte bAV: Beiträge aus einer Entgeltumwandlung des Arbeitnehmers sind generell sofort unverfallbar, weil der Arbeitnehmer diese allein aus eigenen Mitteln aufbringt. Erfolgt die Entgeltumwandung über eine vom Arbeitgeber eingerichtete Direktversicherung, dann sind die Anwartschaften von Anfang an unverfallbar, wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer ein unwiderrufliches Bezugsrecht eingeräumt hat und der Arbeitgeber die Versicherung nicht verpfänden, abtreten oder beleihen darf.

KONTAKT Anja Becher, Rechtsanwältin, Sammlerusinger Rechtsanwälte – Partnerschaft, www.sammlerusinger.com

Energieversorgung Aktuell

Regionaler Klimaschutz der sich rechnet

Erneuerbare Energien tragen zunehmend einen Beitrag zur deutschen Energieversorgung bei. 2011 lag ihr Anteil am Energiemix bereits bei 20 Prozent (Quelle: AGEE-Stat).

In einem Alternativmodell zur klassischen, zentralen Energieversorgung mit fossilen Brennstoffen schließen sich Bürger zu einer eingetragenen Genossenschaft (eG) zusammen, um im Bereich der dezentralen regenerativen Energieversorgung gemeinsam Projekte umzusetzen. Sogenannte Energiegenossenschaften können unterschiedlichen Ausrichtungen nachgehen, je nachdem, ob sie Energie in Form von Strom oder Wärme verbrauchen, erzeugen oder damit handeln. Beispiele reichen von gemeinschaftlich finanzierten Photovoltaik-Anlagen, bis hin zu vollständig autarken Energiedörfern. Energiegenossenschaften ermöglichen nachhaltiges gemeinschaftliches Handeln und bieten darüber hinaus eine interessante Form der Kapitalanlage, die für Mitglieder steuerliche Vorteile bietet.

Die Nutzung regenerativer Ressourcen bildet in Verbindung mit der für alle Beteiligten vorteilhaften Rechtsform der Genossenschaft ein zukunftsfähiges Modell für eine klimafreundliche und unabhängige Energieversorgung.

KONTAKT Dipl.-Betriebsw. (FH) und Industrieelektroniker Remo Liebscher, Private Akademie Dresden eG, Telefon 0351 2797866, kontakt@pa-dresden.de, www.pa-dresden.de

Holger Krahmer

Das Ende der grünen Energiepolitik ist da

Überall in Europa werden entweder aus reiner Finanznot oder weil die Grenzen des wirtschaftlich machbaren erreicht sind, Subventionen oder Garantien für erneuerbare Energien gekürzt oder ganz gestrichen. Die staatliche Unterstützung für Strom aus Wind und Sonne entpuppt sich als energie- und industriepolitisches Desaster. Es platzt mal wieder eine Blase – diesmal die Blase grüner Energiepolitik.

Aufgrund der Schuldenkrise der EU-Länder muss man davon ausgehen, dass staatliche Förderzusagen oder Garantien nicht mehr nur radikal gekürzt werden, sondern auch deren Bestand nicht mehr sicher ist. Letztlich wurden lediglich nicht marktreife Technologien zu Lasten von Steuerzahlern und Verbrauchern unterstützt. Die Erkenntnis setzt sich durch, dass sich erneuerbare Energien am Markt und nicht in der Politik bewähren müssen.

Und noch eine andere Entwicklung kommt der planwirtschaftlichen Energiepolitik in die Quere, die meint, bis weit ins laufende Jahrhundert hinein den Energiemix politisch festlegen zu müssen. Eine neue fossile Revolution. Überall auf der Welt werden neue Vorkommen sogenannter unkonventioneller Ressourcen entdeckt. Vor allem Gas, wahrscheinlich in geringerem Umfang auch Öl, steht in bisher ungekanntem Ausmaß und für sehr lange Zeit zur Verfügung. Diese Vorkommen sind schon lange bekannt. Das sie wirtschaftlich zu fördern sind ist neu. Der technische Fortschritt macht es möglich. Allein in den USA sind durch die sogenannten 'Shale Gases' 600.000 neue Jobs entstanden. Ganz ohne Energieplan der Regierung, ganz ohne Subventionen oder staatliche Förderung.

Die Wirkung auf die Gaspreise ist bereits spürbar. Gas ist in den USA billiger zu haben als in der Golfregion. Und die Entwicklung steht erst am Anfang. Die Internationale Energie Agentur rechnet mit sinkenden Gaspreisen bis zum Jahr 2020 in einer Größenordnung von bis zu 30 Prozent. Auch in Europa gibt es unkonventionelle Gasvorkommen. Es wird darauf ankommen, diese neuen wirtschaftlichen Chancen auch in Europa zu nutzen. Denn preiswerte Energie ist das Lebenselixier einer gesunden Volkswirtschaft.

AUTOR Holger Krahmer MdEP | FDP

Hermann Winkler

EU Parlament berät Förderperiode ab 2014

Wie bei den derzeit viel diskutierten EU-Strukturfonds läuft auch die Förderperiode für die Forschungs- und Innovationspolitik der Europäischen Union Ende 2013 aus. Die EU-Kommission hat ihre Vorstellungen für ein Anschlussprogramm unter dem Namen HORIZONT 2020 zur Diskussion gestellt. Dabei zielt sie vor allem darauf ab, bisher getrennte Maßnahmen wie das Forschungsrahmenprogramm, das Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) und das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) unter einem Dach zu bündeln. Künftig soll sich die Innovationspolitik zudem an drei Grundsätzen ausrichten: Exzellenz, Wettbewerbsfähigkeit und die Bewältigung von Zukunftsherausforderungen.

Im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des EU-Parlaments gilt es nun, die Vorschläge der Kommission für HORIZONT 2020 und die zugehörigen Beteiligungsregeln zu diskutieren und Änderungen einzubringen. Aus meiner Sicht hat vor allem die Frage nach einer verbesserten Zugänglichkeit der Forschungsförderung für Akteure im Freistaat Priorität. Dazu gehört auch, dass marktgerechte Innovationen gleichberechtigt zur Grundlagenforschung Berücksichtigung und vorhandene Mittel durch schnellere Entscheidungen über Förderanträge effektivere Verwendung finden. Insbesondere die Antrags- und Beteiligungsverfahren sind weniger bürokratisch zu gestalten.

Unser Land weist ein bemerkenswert breites Spektrum an forschenden Unternehmen und Einrichtungen auf. Diese müssen in Zukunft bessere Rahmenbedingungen vorfinden, um weiterhin bedeutende Beiträge für die europäische Wissenschaftslandschaft zu liefern und auch zukünftig wettbewerbsfähige Produkte und Leistungen entwickeln zu können.

AUTOR Hermann Winkler MdEP | CDU

Constanze Krehl

EU Parlament berät Förderperiode ab 2014

Der Regionalausschuss des EU-Parlaments hat im Mai die Verordnungen zur EU-Förderperiode ab 2014 diskutiert. Im Fokus steht dabei die Allgemeine Verordnung, die den Rahmen für die Strukturfonds, den Kohäsionsfonds sowie den Landwirtschafts- und Fischereifonds vorgibt und vor allem Ziele, Kriterien und Höchstsätze für die Förderinstrumente festlegt. Die Frist zum Einreichen von Änderungsanträgen lief am 31. Mai ab, rund 1.800 Änderungsanträge wurden eingereicht.

Die Aussichten für die drei sächsischen Regionen sind höchst unterschiedlich. Dresden und Chemnitz fallen als aktuelle Höchstfördergebiete in das 'Sicherheitsnetz' und können mit zwei Dritteln der laufenden Förderung rechnen; angesichts der Südost-Erweiterung der EU und der guten Entwicklung in Sachsen ist das ein hervorragender Wert. Leipzig kann hingegen als aktuelle Phasing-Out-Region nach dem Kommissionsvorschlag nicht vom Sicherheitsnetz profitieren und verfehlt zudem äußerst knapp die neue Förderkategorie der Übergangsregion. Für die Region würde das erheblich weniger Fördergeld bedeuten, die unmittelbare Nachbarschaft zu besser geförderten Regionen würde die Problemlage massiv verschärfen.

Im Interesse der nötigen Förderung im Freistaat haben daher Constanze Krehl und ihr Ausschusskollege Hermann Winkler (CDU) einen Änderungsantrag eingereicht, der eine Ausweitung des Sicherheitsnetzes auf die insgesamt 16 Phasing-Out-Regionen der EU vorsieht. Für die Region Leipzig geht es dabei um schätzungsweise 300 bis 400 Millionen Euro. Die Leipziger Abgeordnete, die als Koordinatorin der Sozialdemokraten für den Regionalausschuss und als Berichterstatterin für die Allgemeine Verordnung großen Einfluss auf die Verhandlungen ausüben kann, ist zuversichtlich, dass der Antrag am 11. Juli eine Mehrheit findet: „Das ist ja keine Sonderlösung für Leipzig, sondern lässt sich europäisch begründen. EU-weit haben 16 Regionen und deren Staaten ein Interesse daran."

AUTOR Büro Constanze Krehl MdEP | SPD

Das Versorgungswerk informiert

Der SIGNAL IDUNA PrivatkreditPlus

Überbrückung kurzfristig finanzieller Engpässe

Wenn das Auto streikt oder die Heizung schlapp macht, wird es schnell richtig teuer. Unvorhergesehene Ausgaben können so manches Haushaltsbudget leicht überstrapazieren, denn nicht immer stehen die benötigten finanziellen Mittel zum geforderten Zeitpunkt zur Verfügung. Ganz falsch ist es, nun etwa seine private Altersvorsorge auszudünnen, also Lebens- oder Rentenversicherungen aufzulösen oder beitragsfrei zu stellen, um flüssig zu werden. Die SIGNAL IDUNA Gruppe empfiehlt, stattdessen andere Optionen zu prüfen, etwa einen günstigen Kredit in Anspruch zu nehmen.

Der SIGNAL IDUNA PrivatkreditPlus kann zum Beispiel ab einem Darlehensbetrag von 5.000 Euro in Anspruch genommen werden. Der große Vorteil: Private Vermögenswerte bleiben unangetastet. Bauspar- und Sparverträge, Wertpapiere oder Lebensversicherungen dienen zur Absicherung des Darlehens und ermöglichen günstige Kreditkonditionen. Die Höhe der Sicherheiten definiert auch die maximal mögliche Kreditsumme. Der Kredit läuft zwischen zwölf und 120 Monaten. Während der gesamten, innerhalb des Rahmens frei zu vereinbarenden Laufzeit, gelten die zu Vertragsbeginn vereinbarten Sollzinsen. Um den Kredit zurückzuzahlen, hat der Kunde einmal die Möglichkeit eines Annuitätendarlehens. Hierbei zahlt er über die gesamte Laufzeit eine feste monatliche Rate aus Zinsen und Tilgung. Wer sich dagegen für ein Zinszahlungsdarlehen entscheidet, zahlt während der Laufzeit nur die vereinbarten Zinsen und tilgt die Kreditsumme am Ende der Laufzeit in einem Rutsch.

Unser Tipp: Wenn keine Sicherheiten vorhanden sind, bietet sich der SIGNA IDUNA Privatkredit an. Hier ist die Summe auf maximal 50.000 Euro begrenzt, und die Zinsen liegen etwas höher als beim PrivatkreditPlus, doch deutlich niedriger als bei einem Überziehungskredit der Bank.

Beitragsentlastungsprogramme

Auch im Alter finanziell mobil bleiben

Die Menschen werden statistisch gesehen immer älter und bleiben dank des medizinischen Fortschritts auch länger gesund. Will man hier das Haar in der Suppe suchen, so wird man fündig bei den steigenden Kosten im Gesundheitswesen und damit auch den höheren Beiträgen für die Krankenversicherung (KV).

Auch die SIGNAL IDUNA Gruppe, Dortmund/Hamburg, setzt ein umfangreiches Instrumentarium ein, das hilft, die KV-Beiträge im Alter stabil zu halten. Dazu gehören z.B. gut dotierte Alterungsrückstellungen genauso wie der gesetzliche Vorsorgezuschlag in Höhe von zehn Prozent, der bereits in die Versicherungsbeiträge eingerechnet sind. Zusätzlich hat die SIGNAL IDUNA für ihre Krankenvollversicherten Entlastungsprogramme im Angebot, mit deren Hilfe die KV-Beiträge im Alter sogar sinken können. Die SIGNAL Krankenversicherung beispielsweise hat jetzt die 'Besonderen Bedingungen zur privaten Beitragsentlastung' (peB) aufgelegt. Diese können bis zur Vollendung des 55. Lebensjahres zu jeder Krankenvoll- und Beihilfevollversicherung hinzuversichert werden, und zwar ohne weitere Gesundheitsprüfung. Der Versicherte kann frei wählen, um welchen Betrag sich sein Krankenversicherungsbeitrag reduzieren soll, mindestens um 20 Euro. Dieser Betrag kann bis zum 59. Lebensjahr an die Gegebenheiten angepasst werden. Der Zeitpunkt der Beitragsentlastung ist individuell wählbar und greift frühestens ab dem 60., spätestens ab dem 70. Lebensjahr des Versicherten.

Zusammen mit den Beiträgen zur KV beteiligt sich der Arbeitgeber im Rahmen der gesetzlichen Höchstgrenzen (2012: 558,46 Euro) auch bis zur Hälfte an den Beiträgen für die Beitragsentlastung. Zudem sind die Beiträge ebenfalls als Vorsorgeaufwendungen steuerlich absetzbar. Erhält der Versicherte für seine KV eine Beitragsrückerstattung, so werden hier auch die Beiträge zur peB berücksichtigt. Damit hebt sich die SIGNAL deutlich von den branchenüblichen Angeboten ab.

Da mit Eintritt in den Ruhestand der Arbeitgeberzuschuss zu den KV-Beiträgen entfällt, rät die SIGNAL IDUNA, die Beitragsentlastung entsprechend zu wählen, um dies zu kompensieren. Je 1.000 Euro Altersrente steuert der Rentenversicherungsträger derzeit 73 Euro monatlich zu den Beiträgen zur privaten Krankenversicherung bei. Auch diesen Zuschuss sollte der Versicherte bei der Bemessung seiner Beitragsentlastung berücksichtigen.

FRAGEN beantworten das Versorgungswerk der Unternehmerverbände Mitteldeutschlands e.V. und die Spezialisten der SIGNAL IDUNA mit den Filialdirektionen Leipzig, Dresden, Chemnitz, Halle, Gera und Magdeburg. **ANFRAGEN** bitte schriftlich per Fax an das Versorgungswerk senden (0341 2579117). **WEITERE INFORMATIONEN** finden Sie auf www.vuvm.de.

STEHEN SIE MIT IHRER ANZEIGE IM BLICKPUNKT

Die UV AKTUELL bietet als Zeitschrift des Unternehmerverbandes Sachsen e. V. eine attraktive Plattform für Anzeigen. Unser Angebot für UV-Mitglieder: Bei Schaltung einer Anzeige in der Ausgabe September/Oktober 2012 gewähren wir 15 % Rabatt auf die regulären Anzeigenpreise laut Mediadaten.

Anzeigenredaktion: Agentur Koslowski | koslowski@uv-sachsen.org

UNTERNEHMERVERBAND SACHSEN

www.uv-sachsen.org